

ist der **Einzelplan 04 in der geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11  
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses hin. Er trägt die Drucksachenummer 17/15711. Es gibt Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP mit den Drucksachenummern 17/15734 und 17/15735.

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Der erste Teilbereich ist „Arbeit und Soziales“, der zweite „Gesundheit“.

**a) Arbeit und Soziales**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Neumann das Wort.

**Josef Neumann**<sup>1)</sup> (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushaltsentwurf ist hoffentlich der letzte in Ihrer Regierungsverantwortung, Herr Minister.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Wenn ich mir diesen Einzelplan 11 für Arbeit und Soziales anschau, dann kann ich nur sagen, er stellt eine Schlussbilanz dar und ist zugleich mit den klar erkennbaren Versäumnissen eine große Herausforderung für jede neue Regierung, die es in diesem Lande geben wird.

Eine zukünftige Landesregierung wird viel zu tun haben, um die angehäuften Defizite in den Bereichen „Arbeit“ und „Soziales“ der letzten Jahre neu zu gestalten. Für die Menschen in Nordrhein-Westfalen bringt dieser Haushalt keinen substantziellen Fortschritt. Er wird den Herausforderungen der Zeit nicht gerecht. Vielmehr ist es eine Stagnation, allenfalls ein „Weiter so“.

(Beifall von der SPD)

Die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich der digitalen Transformation und des demografischen Wandels sucht man in diesem Einzelplan vergeblich.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Keine innovativen Ansätze einer problemorientierten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind erkennbar. Man müsste schon mit der Lupe suchen, um hier konkret etwas zu finden.

Ihrem Haushaltsentwurf fehlt jeglicher kreative Funke, wie Sie die Zukunft in diesem Lande gestalten wollen. Wir wissen alle, die Arbeitswelt steht vor einer der größten Herausforderungen und Umbrüche, die wir seit Jahrzehnten erleben. Digitalisierung, demografische Entwicklung und eine weiter rasant fortschreitende Globalisierung genügen, um den Problem- und Aufgabenhorizont zu umreißen.

Infolgedessen wird auch das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft weitreichend betroffen sein. Die Systeme der sozialen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen müssen neu justiert und an die neuen Situationen und Herausforderungen, die wir haben, angepasst werden. Das verlangt Fantasie und gelegentlich auch Mut, aber da muss man für den vorliegenden Haushaltsentwurf, Herr Minister, leider absolute Fehlanzeige konstatieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mit den Instrumenten der Vergangenheit alleine werden wir jedoch die Zukunft nicht gestalten und wohl kaum die richtigen Weichen stellen können. Es fehlt also, so muss man insgesamt festhalten, ein umfassendes Konzept einer zukunftsorientierten und zupackenden Arbeits- und Sozialpolitik für Nordrhein-Westfalen. Ich will das gerne an drei Punkten noch mal aufzählen:

Im Bereich „Arbeit und Ausbildung“ zeigt der Haushaltsentwurf keine Antworten zur Eindämmung des Fachkräftemangels. Die notwendige Stärkung der dualen Ausbildung ist nicht zu erkennen. Man muss fragen: Wie will die Landesregierung den Fachkräftemangel, den wir in unserem Lande an jeder Stelle erleben, zukünftig bekämpfen?

Keine weiteren Mittel gibt es für das Thema „Kein Abschluss ohne Anschluss“, das die Jugendlichen früh an die Ausbildung heranführt. Die Mittel werden hier nicht wesentlich erhöht, und das, obwohl pandemiebedingt im Jahre 2022 die ausgefallenen Maßnahmen aus 2021 nachgeholt werden müssen, um die steigenden Schülerzahlen aufzufangen, die in diesem Bereich zu verzeichnen sind.

Die Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben wird zwar fortgeführt, neue Ansätze sind aber nicht zu erkennen. Wir wissen alle, dass Arbeitslosigkeit gerade Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich trifft. Hier sind moderne, neue, innovative Konzepte gefragt. Wir erkennen dazu hier nichts.

Ein zentraler Punkt, der Nordrhein-Westfalen betrifft, ist die allgemeine Bekämpfung der Armut als eine der großen, zentralen und sozialen Herausforderungen in unserem Lande. Auch hier, muss man sagen, strotzt dieser Einzelplan 11 im Bereich „Arbeit und Soziales“ an Kraft- und Inspirationslosigkeit. So wird Armut in diesem Lande nicht bekämpft.

(Beifall von der SPD)

Dem Kleinmütigen, was wir hier sehen und lesen, sind neue Korridore entgegenzusetzen. Wir brauchen neue Öffnungen mit neuen Ideen und Innovationen, die in diesem Einzelplan nicht zu erkennen sind. Das ist schade für das Land Nordrhein-Westfalen, für die Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen. Herr Minister, wir werden diesem Einzelplan im Bereich „Arbeit und Soziales“ nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schmitz.

**Marco Schmitz\*** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Neumann, ich weiß nicht, was Sie die letzten fünf Jahre hier im Ausschuss gemacht haben, aber scheinbar haben Sie viele Initiativen, die wir gestartet haben, leider nicht mitbekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte kurz auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Wenn Sie davon sprechen, dass wir uns nicht um die duale Ausbildung gekümmert hätten, dass wir uns nicht um die Leute gekümmert hätten, die keinen Job bekommen haben, dass wir niedrigere Arbeitslosenzahlen haben als zu Beginn, dann weiß ich nicht, was Sie wirklich mitbekommen haben. Sie verkennen die Lage, und Sie reden es schlecht. Das ist das, was unserer Wirtschaft schadet. Das ist das, was unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schadet, weil Sie sie hier von dieser Stelle aus schlechtmachen und die Situation schlechtreden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich möchte darauf eingehen, was wir für diesen Haushalt gestaltet haben.

Wir werden nach wie vor – das ist genau das, was Sie eben kritisiert haben – die berufliche Aus- und Weiterbildung unterstützen.

Hier sind wieder 17,5 Millionen für das Werkstattjahr veranschlagt worden, für das Ausbildungsprogramm.

Wir stecken 14 Millionen in „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

Wir geben Landesmittel jetzt neu durch die REACT-Mittel, die wir von der Europäischen Union bekommen. Damit haben wir neue Mittel bekommen, die wir für die Arbeitsmarktpolitik nutzen können, um die Folgen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen. Das Geld ist da. Das setzen wir zum Wohle der Menschen ein.

Wir haben zusätzlich noch die Maßnahmen gegen die Arbeitsausbeutung. Es ging um die Arbeitsstellen, die geschaffen worden sind, um ausbeuterische Arbeit zu erkennen und zu verhindern. Auch da werden wieder über 6 Millionen zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung und die NRW-Koalition geben Geld dafür, und Sie kritisieren das.

Der nächste Punkt: Arbeitsschutz. Wir haben durch die Coronapandemie gemerkt, wie sehr der Arbeitsschutz notwendig ist, gerade in der Fleischindustrie. Jahr für Jahr haben wir einen Stellenaufwuchs gehabt, und auch im kommenden Jahr werden wir 100 zusätzliche Inspektoren einstellen, die für die Einhaltung des Arbeitsschutzes kämpfen. Also auch da arbeitet die NRW-Koalition und kümmert sich darum, dass NRW ein Land wird, in dem man gut und vernünftig arbeiten kann.

Ich möchte zum Bereich „Soziales“ kommen. Für den Bereich „Teilhabe behinderter Menschen“ sind auch wieder über 7 Millionen zur Verfügung gestellt worden für die Integration von Menschen mit Behinderungen ins Berufsleben. Wir geben 4 Millionen für den Inklusionscheck aus. Wir fördern nach wie vor die Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben.

Auch Armut und soziale Ausgrenzung wollen wir natürlich weiterhin bekämpfen. Gerade in dem Bereich haben wir verschiedene Programme, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben und die wir auch im nächsten Jahr weiter fördern wollen: „Zusammen im Quartier – Kinder stärken“, „Alle Kinder essen mit“, „Hilfen in Wohnungsnotfällen“, „Endlich ein ZUHAUSE!“ und – was natürlich ein besonderes Anliegen der NRW-Koalition ist – die „Kümmerer-Projekte“.

Wir haben bewusst für den Bereich den Etat um 1 Million erhöht. Es gab von den anderen Fraktionen auch Anträge gerade zu der Titelgruppe, den in unterschiedlicher Höhe zu erhöhen. Deswegen würde ich mich auch freuen, wenn Sie nachher diesem Änderungsantrag zustimmen.

Ich möchte kurz darauf eingehen, welche Projekte wir da gezielt unterstützen mit dieser 1 Million mehr, die wir da zur Verfügung stellen.

Wir setzen 500.000 Euro ein, um gezielt die Obdachlosigkeit von Frauen und Familien zu bekämpfen. Das ist ein Punkt, wo wir noch mal gesagt haben als NRW-Koalition: Es gibt immer mehr Menschen aus dieser Personengruppe, die in Obdachlosigkeit kommen. Das ist eine besondere Problemlage, und die wollen wir mit diesem Projekt bekämpfen.

Ein weiteres Projekt, das wir unterstützen, ist die Obdachlosenhilfe Sommerhitze. Hier werden wir 250.000 Euro zur Verfügung stellen, um verschiedenste Maßnahmen durchzuführen, um Obdachlosen die Möglichkeit zu geben, sich im Sommer vor der Hitze zu schützen. Das sind Kleinigkeiten. Es

kann sein, dass in der Nähe von Obdachloseneinrichtungen regelmäßig kostenfrei Wasser besorgt werden kann, dass die sich in klimatisierte Räume zurückziehen können – alles Möglichkeiten, um da zu unterstützen.

Das letzte Projekt, 250.000 Euro nochmals, Schließfächer für Obdachlose. Sie haben oft das Problem, dass sie mit ihrem ganzen Hab und Gut auf der Straße leben. In der Nähe von Einrichtungen sollen also Schließfächer zur Verfügung gestellt werden, weil die größte Gefahr für die Menschen ist, dass ihnen die Sachen geklaut werden.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition hat sich in den letzten fünf Jahren das Soziale auf die Fahne geschrieben. Wir kümmern uns um die Menschen in unserem Land, und wir kümmern uns nicht um die Wenigen, wir kümmern uns nicht um die Vielen, sondern wir kümmern uns um alle Menschen. Das ist unser Ziel. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. Alles gut. Sie waren in der Zeit, und Sie haben keinen unparlamentarischen Ausdruck verwendet, sondern einen umgangssprachlichen.

Bündnis 90/Die Grünen stellt den nächsten Redner mit Herrn Kollegen Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich eine große Freude, um 19:45 Uhr zum Einzelplan 11 sprechen zu können. Ich hätte jetzt erwartet, dass der stellvertretende Ministerpräsident auch da ist, aber vielleicht kommt der ja zum Teilbereich b), weil er ja im Moment gerade die Coronapolitik so maßgeblich mit betreut und auch wichtige Hinweise dazu gibt. Aber dazu kommen wir dann ja im zweiten Teil des Tagesordnungspunktes.

(Zurufe von der FDP)

– Das sind schon ganz weitreichende Bemerkungen, die der Herr Stamp gemacht hat. Darauf kommen wir nachher tatsächlich noch einmal zurück, und das werde ich Ihnen auch nicht ersparen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, weil es nämlich einige Ungeheuerlichkeiten waren, die der stellvertretende Ministerpräsident von sich gegeben hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Kommen wir erst mal zum Bereich „Arbeit und Soziales“, Herr Minister. Wir haben in den Beratungen im Ausschuss einige Vorschläge gemacht, um einige Unterschiede, die es zwischen uns Grünen und

ihnen gibt, aufzuzeigen. Die möchte ich herausarbeiten.

Beim Thema „Wohnen“ haben Sie einer Landesbauordnung mit zugestimmt, die nicht für mehr barrierefreie Wohnungen und Wohnmöglichkeiten sorgt, obwohl Ihr eigener Armuts- und Reichtumsbericht ausweist, dass gerade qualitätsvolle und bezahlbare barrierefreie Wohnungen in den Städten und Dörfern unseres Landes fehlen.

Sie haben auch nicht mitgewirkt, obwohl gleichzeitig bekannt ist, dass im Bereich der Inklusion erheblicher Nachholbedarf besteht. Auch im Teilhabebericht, den das MAGS vorgelegt hat, wird sehr deutlich ausgeführt, dass wir erheblichen Nachholbedarf haben.

Das zeigt sich auch im Bereich „Arbeit“, liebe Kolleginnen und Kollegen. Obwohl viele Behinderte oder Menschen mit körperlichen oder seelischen Einschränkungen oft hochqualifiziert sind, hat die Arbeitslosigkeit unter Corona dort wieder deutlich zugenommen.

Das Gleiche gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit. Obwohl ein durchaus beachtliches Bundesprogramm zur Verfügung steht, sind dort die Arbeitslosenzahlen angestiegen.

Gleichzeitig, obwohl wir diese Herausforderungen im demografischen Bereich haben – das haben zwei Vorredner eben auch schon angesprochen –, werden die Mittel, anders als Herr Kollege Schmitz es dargestellt hat, im Bereich „Pflege und Alter“ gekürzt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein!)

Der Landesplan hat statt 16 Millionen Euro nur noch 11 Millionen Euro. Deswegen war es folgerichtig, dass wir diesen Tatbestand wieder ändern wollen, um erheblich mehr Mittel für diesen Bereich zu haben, weil wir der Auffassung sind, dass wir nicht nur ein Problem mit den Pflegekräften haben, die wir auf den Stationen im ambulanten Bereich brauchen, sondern weil auch Quartiersstrukturen und gute Nachbarschaften ausgebaut gehören und nicht gekürzt und gestrichen, wie das in Ihrem Landeshaushalt im Einzelplan 11 der Fall ist.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ein zweiter Punkt im Bereich „Wohnen“ betrifft die prekären Wohnungen. CDU und FDP haben jetzt zu den „Kümmerer-Projekten“ einen Antrag gestellt. Was ich nicht verstehe, ist, dass Sie einen durchaus wegweisenden und vielversprechenden Ansatz wie „Housing first“ locker und flockig auslaufen lassen, obwohl nicht einmal eine Evaluation vorliegt.

Das kann ich überhaupt nicht verstehen, weil Akuthilfe für Menschen, die wirklich auf der Straße leben, erforderlich ist und wir nicht erst lange Integrationsprogramme zulassen sollten. Vielmehr müssen wir die Menschen ins Wohnen bringen, damit sie ein

Dach über den Kopf haben, um danach weitere soziale Probleme lösen zu können.

Deswegen haben wir folgerichtig eine Aufstockung um 4 Millionen Euro in diesem Bereich vorgeschlagen. Das haben CDU und FDP leider abgelehnt. Trotzdem, Herr Minister, wäre es doch vernünftig, wenn Sie konzeptionell das nicht so auslaufen lassen. Vielmehr sollten wir die anderen Punkte, die durchaus nicht schlecht sind – „Kümmerer-Projekt“, psychosoziale Betreuung, die Frage von Frauen in Unterkünften –, damit verknüpfen und gemeinsam ausbauen. Denn fachlich ist es doch unbestreitbar so, dass diese Gruppen besonders betroffen sind.

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Ausflug in den Gesundheitsbereich vornehmen; zum Impfen komme ich gleich noch. Aber dass wir beim Impfen von obdachlosen Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, quasi noch am Anfang stehen, ist eine der großen Bankrotterklärungen, die ich hier im Haushaltsplan an dieser Stelle sehr deutlich feststellen muss.

Wir müssen alles dafür tun, nicht nur, aber auch die älteren Menschen zu impfen oder zu boostern. Das gilt auch für die Menschen in Einrichtungen – da gibt es schon bei den Erstimmunisierungen eine relativ überschaubare Quote. Jetzt ist es so, dass wir kaum Menschen erreichen und ich nicht erkennen kann, dass Sie, Herr Minister, dort einen Schwerpunkt gesetzt haben.

Es wird Sie wenig verwundern: Wir werden diesen Teilbereich auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lenzen.

**Stefan Lenzen (FDP):** Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es teilweise schon schockierend von den Kollegen Neumann und Mostofizadeh, dass ihnen anscheinend fünf Minuten zu viel sind, um nur über das wichtige Thema „Arbeit und Soziales“ zu sprechen.

(Beifall von der FDP)

Die halbe Zeit über Gesundheit – was nachher kommt – zu sprechen und nicht einmal einen Blick in den Einzelplan zu werfen – dafür ist die Zeit einfach viel zu knapp. Das Thema ist so immens wichtig, dass wir dafür viel mehr Zeit brauchen. Ich hoffe, dass diese Regierung aus FDP und CDU mit Minister Laumann noch viele Haushalte vorlegen wird, weil wir doch erst 2017 die Schwächsten der Gesellschaft ins Auge genommen haben. Sie haben doch weggeschaut.

(Beifall von der FDP)

Wer hat denn die Obdachlosigkeit bekämpft? – Diese mickrige Million, die wir vorgefunden haben, erhöhen wir jetzt auf über 8 Millionen Euro. Sie reden immer von der Wohnungslosigkeit, auch in der Debatte über unseren Antrag im letzten Plenum. Das Thema „Obdachlosigkeit“ zu bekämpfen, sind SPD und Grüne in der Regierung weder angegangen, noch haben sie es jemals, weder heute noch davor, thematisiert. Das finde ich einfach nur erbärmlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der FDP: Bravo!)

Die Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist ein Schwerpunkt dieser Koalition, ein Schwerpunkt unserer christlich-liberalen Sozialpolitik. Es ist richtig, dass wir nicht nur warme Worte für diese Menschen übrig haben, sondern auch Geld in die Hand nehmen.

So ist es auch gut, dass wir für diese Zielgruppen – Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Einwanderungsgeschichte – noch einmal mehr Geld in die Hand nehmen.

Es schockiert mich schon fast, wie man so mal eben nonchalant darüber hinweggeht und gar nicht thematisiert, dass man da nichts getan hat, nichts machen möchte. Das ist mehr als schwer zu verdauen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bezüglich des Themas „Housing first“ hätte man vielleicht doch unseren Antrag lesen sollen. Es steht drin. Es ist ein Ansatz von mehreren. Es wird aber in der Gesamtinitiative, in der Landesinitiative endlich mitgedacht.

Es geht hier nicht um die reine Lehre, um irgendeine ideologische Verblendheit, sondern es geht darum: Der Grundgedanke ist richtig, aber wir sind nicht der Meinung, dass man staatlich Wohnungen aufkaufen muss. Vielmehr binden wir die private Wohnungswirtschaft, die privaten Haus- und Wohnungseigentümer in diese Landesinitiative mit ein, und wir haben entsprechende Erfolge: Private unterstützen uns bei der direkten Vermittlung von Wohnraum.

Das heißt: Wir machen Housing first, aber praktisch gedacht, praktisch umgesetzt, um den Menschen direkt zu helfen. Das ist der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Politik.

(Beifall von der FDP)

Es geht eben darum – und das ist ganz entscheidend –: Wir müssen die betroffenen Menschen aktiv begleiten und betreuen. Deshalb ist es auch so gut, dass wir die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft haben, dass wir auch mit den „Kümmerer-Projekten“ schon über 2.000 Menschen Wohnraum vermitteln und sie vor einem drohenden Wohnungsverlust bewahren konnten. Dies ist ein Erfolgsmodell, das wir fortsetzen und ausweiten sowie mit entsprechenden Mitteln hinterlegen werden.

Zusätzlich können wir noch Mittel aus dem REACT-EU einsetzen. Die Zielgruppen habe ich bereits erwähnt, auf die wir noch einmal ganz speziell schauen und eingehen. Es kann uns nicht gut schlafen lassen, wenn der Anteil der Frauen, Kinder und Jugendlichen sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte, der Schwächsten in der Gesellschaft, an den Wohnungslosen und Obdachlosen steigt. Ich verstehe auch nicht, wie man in den Reihen der SPD lachen kann. So ein Gelächter bei diesem wichtigen Thema – dazu muss ich sagen: Ich habe von den Sozialdemokraten etwas anderes erwartet. Wirklich schlechtes Timing!

(Beifall von der FDP – Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Volkan Baran [SPD])

Wir haben dazu schon verschiedene Haushaltsanträge gestellt, die darauf zielen, Modellprojekte für wohnungslose Frauen, Familien, Jugendliche, junge Erwachsene und Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern und zielgerichtet zu helfen.

Das Thema „Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf“ ist für uns immens wichtig, und so ist es auch wichtig, dass jemand sein Leben eigenverantwortlich gestalten und an der Gesellschaft teilhaben kann. Wir möchten zum Beispiel für das Thema „Berufseinstiegsbegleitung“ 19,2 Millionen Euro in diesem Haushalt für 2022 zur Verfügung stellen. Diese Zahlen sind hinterlegt. Wir haben die Mittel um 10 Millionen Euro auf 19,2 Millionen Euro erhöht, um noch einen weiteren Jahrgang aufnehmen zu können. Gerade Schülerinnen und Schülern mit schlechten Startchancen möchten wir den Übergang in die Ausbildung erleichtern.

Beim Thema „Arbeit und Soziales“ – das konnte ich eben beim Kollegen Neumann nicht verstehen, der sich jetzt munter drauflos unterhält –

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Bist du der Lehrer, oder was? Reiß dich mal zusammen!)

hätte ich gedacht, dass Sie vielleicht mal fünf Minuten zuhören. Ich habe Ihnen zugehört, Herr Kollege,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nee!)

auch dem anderen Kollegen. Anscheinend ist das zu viel erwartet.

(Beifall von der FDP)

Wenn man sagt, man sucht nach innovativen Projekten, sollte man vielleicht wirklich einmal in den Einzelplan 11 hineinschauen. Dort findet man die Initiative REACT-EU für die Jahre 2021 bis 2024. Dort stehen zusätzlich 140 Millionen Euro zur Verfügung mit den Schwerpunkten Aus- und Weiterbildung, Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und mit dem Aufruf zu 100 Ideen für innovative Projekte zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Dazu gibt es ein eigenes Förderinstrument.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Stefan Lenzen (FDP):** Hier sehen Sie innovative Ansätze, die Sie eben anscheinend vermisst haben, weil Sie nicht hineingeschaut haben. Das sind konkrete Hilfen. Das ist Sozialpolitik dieser Koalition. – Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich den Einzelplan anschaut, so stellt man fest, dass da erst einmal ein recht stattliches Sümmchen zusammenkommt.

Schaut man dann allerdings etwas genauer hin und sieht, was davon alles Fixposten sind, also Gelder, die nur aus einer anderen Ebene durchgereicht werden, das, was an Personal gebunden ist, was für Beförderungen etc. ansteht oder was durch andere Gesetzgebungen schon fix veranschlagt ist, so bleibt eigentlich nur noch ein ganz kleiner Teil für Gestaltungen bzw. Spielräume der Politik hier im Land zur Verfügung. Von daher verstehe ich die Aufregung nicht so ganz, dass man sich zu so später Stunde noch emotional hineinsteigert, was alles nicht passiert sei. Es ist ja nicht so, als wäre in den vergangenen Jahren in diesen Bereichen viel mehr Geld ausgegeben worden, ganz im Gegenteil. Es werden hier auch wieder die ritualisierten Rollen eingenommen. Auf der einen Seite stehen die regierungstragenden Fraktionen, die sich für ihre Rekordausgaben in allen Bereichen preisen, wobei hierzu vielleicht einige Dinge anzumerken sind:

Erstens. Das Geld, das Sie ausgeben, ist natürlich nicht selbst verdient, deshalb musste man Ihnen auch keinen besonders großen Dank dafür aussprechen, sondern es ist durch externe Faktoren bestimmt, dass Sie hier besonders viel auszugeben haben, wie zum Beispiel eine alternde Gesellschaft, die sich gerade jetzt zu großen Teilen in den letzten und damit ertragreichsten Jahren ihrer Beschäftigungsbiografie befindet, und natürlich auch die im internationalen Vergleich enormen Steuerbelastungen, die in Deutschland durch die Bürger zu tragen sind.

Zweitens. Ihre Zahlen müsste man eigentlich auch immer inflations- bzw. kaufkraftbereinigt lesen. Dann stellt man fest, dass diese großen Ausgaben, die Sie in diesem Bereich tätigen, eigentlich in sich zusammenfallen wie ein ungeschickt zubereitetes Soufflé.

Lösungen indes, wie man mit dem Umstand umgehen will, dass die aktuellen Top-Steuerzahler morgen bereits Top-Rentenbezieher sein werden, lese ich auch in diesem Jahr wieder keine in Ihrem Haushalt.

Auf der einen Seite werden die sozialen Netze, die sich noch irgendwo in Landeszuständigkeit befinden bzw. auf die wir indirekt einen Einfluss hätten, um sie zu gestalten, in keinem Fall so fit gemacht, dass sie den demografischen Absturz auffangen könnten. Allenfalls ist mit einer leichten Abfederung oder Bremsung vor dem Aufschlag auf die harte Realität zu rechnen. Auf der anderen Seite wiederum haben wir die klassische Oppositionsrolle – hier vor allem von SPD und Grünen eingenommen –, die immer mehr von allem fordern, allerdings nirgendwo erklären, woher das viele Geld, das man in diesen großen Plänen verausgaben möchte, kommen soll. Das ist ein buntes Wunsch-dir-was ohne tatsächliche Gegenfinanzierung – eigentlich auch nicht sonderlich seriös in einer Haushaltsdebatte, aber sei's drum!

Wir werden uns in diesem Jahr auch an dieser Stelle wieder enthalten, was den Haushaltsplan in diesem Bereich betrifft. Natürlich kann man genauso gut argumentieren: Wir haben viele Anträge in dem Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales insgesamt gestellt. Diese haben Sie abgelehnt, dementsprechend sind sie natürlich haushalterisch nicht abgebildet. Daher könnte man jetzt, wenn man böse wäre, das Ganze ablehnen. Ich sage noch einmal:

Erstens. Über 90 % der Ausgaben in diesem Bereich sind fest gebunden. Es bleibt nur ein sehr kleiner Bereich zur freien Gestaltung übrig.

Zweitens. Viele der Projekte, die Sie anstoßen, gerade auch aus dem Bereich Soziales, sind durchaus gut. Wir wollen dem auch nicht im Wege stehen, dass man das an dieser Stelle macht. Es sind einige Dinge, denen wir über das Jahr, auch über die letzten Jahre immer wieder zugestimmt haben. Ich denke, auch mit den Änderungsanträgen, die Sie noch eingebracht haben, können wir sehr gut leben, und wir werden beiden zustimmen. Von daher: zumindest stabile Enthaltung.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen zu dem Haushaltsplan im Bereich „Arbeit und Soziales“ gerne sagen, dass bis auf 3,9 % die gesamten Mittel dieses Haushalts fest gebundene Mittel sind, mit denen wir gesetzliche Aufgaben finanzieren müssen und mit denen wir – teilweise in Kofinanzierung mit anderen – Programme finanzieren, die es schon seit Jahren in Nordrhein-Westfalen gibt. Ich bin ziemlich sicher, dass Umschichtungen in diesen Programmen, weil die Programme auch sehr treffsicher sind, sehr viele politische Fragen aufwerfen

würden. – Das erst einmal zu den Grundsätzen des Haushalts und dazu, wie wenig freies Geld im Bereich „Arbeit und Soziales“ letzten Endes zur Verfügung steht.

Ein Schwerpunkt ist in einem Arbeitsministerium immer die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Hier muss ich Ihnen sagen, dass wir mit 30 Millionen Euro, mit den sogenannten REACT-Mitteln, jetzt einen ganz entscheidenden Schwerpunkt gesetzt haben. Wir hatten eine gute Entwicklung, was den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen anging. Die Zahlen waren in der jungen Geschichte unseres Landes noch nie so gut wie bis vor Kurzem. Aber die Coronakrise hat uns da einen mächtigen Strich durch die Rechnung gemacht.

Deswegen ist es doch richtig, dass wir Menschen, die langzeitarbeitslos waren und dann in Arbeit waren, aber durch Corona ihre Arbeit verloren haben, jetzt als Allererstes helfen, wieder in Arbeit zu kommen. Dafür setzen wir diese Mittel mit verschiedenen Programmen und unterschiedlichen Ideen um.

Natürlich ist die Unterstützung von Menschen mit Behinderung eine wichtige Sache. Aber wir haben hier Instrumente, die sich einfach bewährt haben.

Das ist zum Beispiel das Landesprogramm für die Teilhabe am Arbeitsleben „Integration unternehmen!“. Wir fördern auch in diesem Haushalt mit rund 7,6 Millionen Euro wieder die Ausstattung von Integrationsunternehmen – Unternehmen, die dafür gegründet werden, Menschen mit schweren Handicaps zu beschäftigen, und zwar im ersten Arbeitsmarkt, und zwar zu Tariflöhnen.

Wir haben das Programm „100 zusätzliche Ausbildungsplätze“ im Bereich der Jugendlichen mit Behinderung. Das ist auch – Josef, du hast ja recht – ein Programm, welches es schon lange gibt. Aber es ist ja nicht zu bestreiten, dass dieses Programm eine segensreiche Einrichtung ist. Alle, die ich kenne, die mit diesem Programm zu tun haben, sagen, dass es ein Programm ist, auf das niemand verzichten will – zumal wir diese jungen Menschen mit schweren Behinderungen anschließend in den ersten Arbeitsmarkt bekommen.

Für den Bereich des Übergangs von Schule in Beruf setzen wir, auch in Absprache mit allen Seiten des Ausbildungskonsenses, im nächsten Jahr rund 21 Millionen Euro für die Finanzierung ein. Im Übrigen ist es so, dass die Maßnahmen, die in KAOA abgesprochen sind, für alle Schülerinnen und Schüler finanziert werden. Wenn in einem Schuljahr mehr Kinder da sind, die davon profitieren, wird es selbstverständlich für jedes Kind bezahlt. Das heißt: Für alle Kinder stehen diese Maßnahmen zur Verfügung.

Wir haben in der Zeit, in der ich zum zweiten Mal hier Minister bin, zusätzlich aufgenommen, dass auch die

Kinder mit Behinderung aus den Förderschulen und aus den inklusiven Schulen von KAOA profitieren.

Wir setzen für das Werkstattjahr für die Schwächsten, die noch nicht ausbildungsfähig sind, aber das Schulsystem verlassen haben, erneut 36 Millionen Euro aus ESF- und Landesmitteln ein, um auch hier einen Punkt für diejenigen Jugendlichen zu setzen, die noch nicht ausbildungsreif sind, denen aber eine Weiterführung in der Schule nicht mehr weiterhilft, sondern bei denen es richtig ist, ihnen über das Werkstattjahr eine sinnvolle Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Wir haben für dieses Jahr mit 24,5 Millionen Euro „Kurs auf Ausbildung“ eingeführt. Da geht darum, junge Menschen, die jetzt keine Lehrstelle bekommen haben, zu fördern, damit sie im nächsten Jahr ausbildungsreif sind und eine faire Chance haben, eine Lehrstelle im ersten Ausbildungsmarkt zu erreichen. Denn wir haben viele Regionen in Nordrhein-Westfalen, in denen es zum ersten Mal mehr angebotene Ausbildungsplätze als Auszubildende gibt. Deswegen ist die klügste Idee nicht überbetriebliche Ausbildung, sondern, sie auf eine Ausbildung im Regelsystem vorzubereiten.

Wir haben viel für die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit getan. Ich will Ihnen nur sagen, dass wir in diesem Bereich erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt haben, wofür ich dem Landtag sehr dankbar bin. Es sind die Kümmerprojekte, aber auch viele andere Projekte. Man kann vielleicht vieles über unsere Politik sagen, aber nicht, dass wir im Bereich der Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und der Arbeit für Wohnungslose nicht einen großen Schwerpunkt in der Sozialpolitik für die Ärmsten der Ärmsten in dieser Gesellschaft geschaffen haben. Es gibt viele andere Programme wie „Endlich ein ZUHAUSE!“.

Wir haben aber auch in dem Bereich der Pflege erhebliche Anstrengungen unternommen.

Ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass wir in der Frage der Kindesmisshandlungen zum Beispiel viele Einrichtungen in unseren Krankenhäusern fördern. Diese Kinderschutzambulanzen kümmern sich um diese Kinder. Auch das gab es, bevor ich in Nordrhein-Westfalen ins Amt kam, überhaupt nicht. Das Projekt mit der Universität zu Köln und der Kinderklinik in Datteln wird selbstverständlich auch mittelfristig und langfristig weitergeführt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, dass es ein Haushalt ist, der deutlich macht, dass diese Landesregierung nicht in Fünfjahresrhythmen, sondern auch in größeren zeitlichen Zusammenhängen denkt. Daher ist es eine kontinuierliche vernünftige Politik im Bereich „Arbeit und Soziales“.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Der guten Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass die Landesregierung die Redezeit um 1 Minute 45 Sekunden überzogen hat. – Aber auch vor dem Hintergrund sehe ich zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich „Arbeit und Soziales“ gelangt.

Wir kommen zu:

## b) Gesundheit

Ich darf die Aussprache eröffnen und für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Kollegen Yüksel das Wort geben.

**Serdar Yüksel\*** (SPD): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch in diesem Jahr stehen wir inmitten einer Gesundheitskrise. Darüber haben wir heute in der Unterrichtung intensiv diskutiert.

Vor Wochen war die Tendenz schon klar absehbar. Wir als SPD-Fraktion haben nicht zuletzt durch einen 10-Punkte-Plan frühzeitig umfassende Vorschläge gemacht, um das Infektionsgeschehen abzumildern oder abzubremesen.

Stattdessen zeichnet sich die Landesregierung – mal wieder, muss man leider sagen – durch Abwarten, Zögern und Zaudern aus. Dabei wissen wir alle, dass es in der Pandemie auf jeden einzelnen Tag ankommt.

Das programmatische Zuspätkommen schlägt sich nicht erst seit Corona nieder. Die Herausforderungen sind nämlich schon lange bekannt. Uns läuft auch hier die Zeit weg. Oft genug ist ja das Brennglas bemüht worden, um die Herausforderungen zu benennen.

Die Zeiten, um die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, sind eng begrenzt. Die Verantwortung für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, die wir miteinander zu tragen haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Gerade in der Pandemie war es ein großer Vorteil, dass genügend Krankenhausbetten zur Verfügung standen. Da auf die Idee eines Krankenhausplans zu kommen, was in Konsequenz, Herr Minister, nichts anderes als ein Krankenhausschließungsprogramm ist, offenbart, dass Sie nichts aus der Gesundheitskrise in der Pandemie gelernt haben.

(Beifall von der SPD)

Es hat sich gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir für jedes Krankenhausbett und besonders für jede Pflegekraft dankbar sein müssen. Die Lö-

sung liegt eben nicht darin, Krankenhäuser zu schließen, sondern geht tiefer.

Herr Minister, Ihre Aussage, dass ein Rettungswagen innerhalb von 30 Minuten eine Intensivstation erreichen soll, ist völlig unzureichend. Jeder Notarzt wird Ihnen erklären können, warum es bei lebensbedrohlichen Erkrankungen auf jede einzelne Minute ankommt.

Neben einer deutlich besseren Bezahlung brauchen wir eine neue Wertschätzung und Respekt für das Personal im Gesundheitswesen. Kolleginnen und Kollegen – wir haben es heute auch schon gehört –, Klatschen von den Balkonen und einmalige Prämien lösen das Problem nicht.

Inmitten der Coronawelle erleben wir auch eine Kündigungswelle. Dabei ist es schön, anderen Menschen zu helfen. Ich habe auch als Krankenpfleger gerne in meinem Job, 15 Jahre davon auf einer Intensivstation, gearbeitet – genauso, wie viele andere Pflegerinnen und Pfleger auch heute noch, trotz dieser widrigen Umstände, ihren Beruf mit Herzblut ausüben. An dieser Stelle gilt mein Dank allen im Gesundheitswesen Beschäftigten.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber wie soll man sich um die Menschen kümmern, wenn sie zu Fallpauschalen werden, wenn man Überstunden machen muss und sich genötigt fühlt, die Schicht zu übernehmen, weil sonst keiner mehr da ist, der die Arbeit machen würde?

Pflege anders zu organisieren wäre unser Auftrag. Wir haben dazu auch einen Antrag gestellt, zum Beispiel Gemeindeschwestern zu etablieren. Wir waren gemeinsam in Kanada. Da waren wir alle begeistert. Als wir dann aber den entsprechenden Antrag im Ausschuss gestellt haben, haben Sie den Antrag abgelehnt.

(Susanne Schneider [FDP]: Das kommt erst nachher! Das ist der nächste TOP!)

Wir müssen den Kurs von einer rein wirtschaftlich ausgerichteten Gesundheitspolitik verlassen und uns auf Daseinsvorsorge und Prävention konzentrieren. Gesundheit darf nicht länger nur den Kapitalinteressen dienen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Selbst bei den Investitionen kommt die Landesregierung aus meiner Sicht zu spät. Es ist ein Hohn, dass wir einen so massiven Investitionsstau haben und die SPD-Anträge auch von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt wurden.

Gerade die Pandemie zeigt, wie wichtig es ist, gesund zu sein und gesund zu bleiben. Gesundheit muss auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein – mit einer Wertschätzung für die Menschen, die pflegen,

und einer Wertschätzung für die Menschen, die gepflegt werden.

Es kann nicht sein, dass die Postleitzahl über die medizinische Versorgung entscheidet. Wir müssen Anreize schaffen, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung aufrechtzuerhalten und auszubauen. Das fängt bei der Infrastruktur an und reicht bis hin zur individuellen Förderung der Hausärzte – auch auf dem Land.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik wollen wir weg von Gewinnmaximierung und weg von Fallpauschalen. Dies geht nur mit dem notwendigen Respekt und Lohn für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Gesundheitssektor und mit einer guten Gesundheitsversorgung vor Ort – ohne Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft, damit alle einen gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.

Wir bieten Antworten, um den Pflegenotstand nachhaltig zu bekämpfen und ein gerechtes Gesundheitssystem in NRW herzustellen, das eine flächendeckende Versorgung sicherstellt und krisenfest ist. Wir stehen für eine Politik, die heißt: maximal Mensch statt maximal Gewinn. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Preuß das Wort.

**Peter Preuß (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Yüksel, eine Bemerkung vorab: Wenn Sie die DRGs kritisieren, darf ich daran erinnern, dass die DRGs damals von der SPD eingeführt worden sind.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das war unter Bundeskanzler Schröder und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. – Das nur einmal nebenbei.

Der Haushalt ist durch die Fortführung eingeleiteter Maßnahmen gekennzeichnet, die den Zweck haben, unser Gesundheitswesen nachhaltig zukunftsfest zu machen. Wie Herr Minister Laumann gerade zu Recht gesagt hat, denken wir – im Übrigen eben auch in der Gesundheitspolitik – in größeren zeitlichen Zusammenhängen. Wir werden die erfolgreiche Politik auch die nächsten zehn Jahre – mindestens – fortführen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Es gibt auch noch so etwas wie Wahlen! – Karl-Josef Laumann,



Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:  
Dann bin ich 75! So lange mache ich nicht!

Das Ausgabenvolumen hat sich seit Beginn der Legislaturperiode von 5,8 Milliarden Euro auf 8,2 Milliarden Euro erhöht.

(Beifall von der CDU)

Die finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser ist seit 2017 deutlich verbessert worden. Dabei setzen wir Schwerpunkte. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Krankenversorgung. Anders, als die Sozialdemokraten gerade auch in den letzten Wochen suggerieren möchten, ist die Krankenversorgung in NRW gesichert und wird es dank unserer Politik, dank der Regierungskoalition, auch in Zukunft bleiben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte nur einmal ein paar Zahlen nennen, um das deutlich zu machen: die Pauschalförderung mit 570 Millionen Euro, die Einzelförderung mit 100 Millionen Euro, der Krankenhausstrukturfonds mit 95 Millionen Euro Landesanteil, der Rettungsschirm mit den Sonderinvestitionsprogrammen von 750 Millionen Euro, 150 Millionen Euro Soforthilfe für die Anschaffung von Beatmungsgeräten und viele weitere Förderungen.

Angesichts dieser Zahlen ist es intellektuelles Hochreck der Sozialdemokraten, zu behaupten, wir, die Koalition aus CDU und FDP, würden ein Programm der Klinikschließungen betreiben. Meine Damen und Herren, wir würden doch nicht so viel Geld zur Förderung unserer Krankenhäuser ausgeben, wenn wir sie schließen wollten.

Unter Rot-Grün sind zwischen 2010 und 2016 56 Krankenhäuser geschlossen worden. Von 2012 bis 2017 erhielten die Krankenhäuser 3,15 Milliarden Euro, während CDU und FDP sie von 2018 bis 2022 insgesamt mit gut 5,2 Milliarden Euro ausgestattet haben bzw. ausstatten werden; das sind über 2 Milliarden Euro mehr.

Krankenhausschließungen, die ja nicht die Politik, sondern der jeweilige Träger zumindest aus wirtschaftlichen Gründen vornimmt, können nicht auf der Krankenhausplanung beruhen, die die Koalition in Angriff genommen hat. Sie beruhen – wenn Sie schon einen Zusammenhang mit der Krankenhausplanung herstellen – logischerweise auf früheren rot-grünen Krankenhausplanungen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ach, Junge!)

Anders als von der SPD behauptet, ist es also nicht Sinn und Zweck des neuen Krankenhausplanes, Häuser zu schließen. Jede Bürgerin und jeder Bürger müssen innerhalb von 20 Minuten ein Krankenhaus erreichen können. Das schließt eine flächendeckende Schließung von Krankenhäusern aus.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ach, Peter, ehrlich!)

Die finanzielle Ausstattung des Gesundheitswesens ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist die personelle. Gerade in der Coronapandemie ist der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt worden, wie wichtig die Pflegekräfte in allen Bereichen sind und unter welch schwierigen Bedingungen sie zum Teil arbeiten.

Daher ist es gut und richtig, dass die Landesregierung und das Gesundheitsministerium seit der Amtsübernahme 2017 dafür sorgen, dass es in NRW mehr gut ausgebildete Fachkräfte gibt. So konnten die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Gesundheitsfachberufen um 15 % und die Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen allein von 2019 auf 2020 um gut 10 % gesteigert werden. Die Anzahl der Studienplätze für Pflegepädagogik ist verdoppelt worden.

Diese Erfolge haben mehrere Gründe. So sind zum 1. Januar 2021 die Schulgelder für die Gesundheitsberufe vom Land übernommen worden. Bereits im Jahr 2020 wurde die neue generalistische Pflegeausbildung begonnen, die die Ausbildung unter anderem attraktiver ausgestaltet.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Na ja!)

Die guten Ausbildungszahlen geben der Änderung recht. Daneben wurde der neue Pflegeassistentenberuf eingeführt. Um sie in Zukunft sicher und attraktiv auszugestalten, wird die Ausbildung mit bis zu 21,2 Millionen Euro gefördert. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Mostofizadeh das Wort.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Peter Preuß, eigentlich wollte ich den Sozialdemokraten vorwerfen, dass sie populistisch sind, wenn sie so über den Krankenhausplan reden, wie sie es getan haben; das werde ich gleich auch noch ausführen.

(Zuruf von SPD)

Eine Bemerkung muss aber noch sein. Der Krankenhausstrukturfonds auf Bundesebene ist doch extra zur Anpassung von Überkapazitäten eingerichtet worden. Wenn Sie jetzt behaupten, die Krankenhausschließungen würden auf rot-grüner Planung aufsetzen, ist das, ganz klar gesagt, genauso dummes Zeug, wie es falsch ist, dass das ein Kranken-

hausschließungsplan ist. So können wir nicht sachlich über die Krankenhausplanung der nächsten Jahre reden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die 93 Millionen Euro, die nach Essen geflossen sind, sind ein Gemeinschaftswerk des Bundesministers und des Landesministers

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Aber nicht von mir! Das war noch die alte Landesregierung!)

– mit Zustimmung von Ihnen –, aber auch mit Zustimmung der SPD. Schließlich hat die SPD auch damals schon in Berlin regiert und hat die Strukturanpassung für richtig gehalten.

Lieber Kollege Lenzen, ich finde Ihre Art, Leute zu maßregeln, einigermaßen gewöhnungsbedürftig.

(Beifall von der SPD)

Das muss ich schon sagen, wenn Sie um 21 Uhr noch kommentieren, wer hier in den Reihen sitzt.

Um noch einmal das zu verdeutlichen, was ich vorhin in Sachen „stellvertretender Ministerpräsident“ gesagt habe – das meine ich allen Ernstes so, Herr Gesundheitsminister –:

Erstens. Der stellvertretende Ministerpräsident hat ausgeführt, dass die Länder nicht fürs Impfen zuständig seien. Das könnte übrigens auch erklären, warum Nordrhein-Westfalen beim Boostern an der Stelle steht, an der wir uns im Moment befinden. Der Gesundheitsminister musste noch am gleichen Tag in der Sitzung des AGS klarstellen, dass der stellvertretende Ministerpräsident schlichtweg das Falsche gesagt hat.

(Beifall von Josef Neumann [SPD])

Zweitens. Es ist abenteuerlich, wie der stellvertretende Ministerpräsident auf das RKI eingedroschen und behauptet hat, es habe Fake News verbreitet, indem es behauptet habe, Geimpfte würden nicht am Infektionsgeschehen teilnehmen. Das kann schon bei der Zulassung nicht richtig gewesen sein. Wenn selbst nach den besten Studien überhaupt nur 90 % erfolgreich geimpft werden können, müssen ja schon 10 % am Infektionsgeschehen teilnehmen – ungeachtet der Frage von ansonsten nachlassenden Boosterimpfungen.

Drittens. Er hat hier allen Ernstes behauptet, Herr Minister, dass die Intensivmediziner selbst daran schuld seien, dass die Zahl der Intensivbetten zurückgegangen ist. Ich würde schon gerne wissen, was die Landesregierung dazu sagt. Es ist schlichtweg ungeheuerlich, dass das in diesem Hause möglich ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will Ihnen auch noch etwas zum Impfen sagen, Herr Minister, weil mich das wirklich wütend macht; wir hatten heute Morgen dazu schon eine Auseinandersetzung. Am 9. August haben Sie in der Gesundheitsministerkonferenz mit Ihrer Stimme beschlossen, dass jeder nach sechs Monaten zu boostern ist – nicht irgendjemand, sondern alle Deutschen und alle, die hier in Deutschland leben.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja!)

Sie haben es schlicht nicht vorbereitet.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Natürlich!)

Denn auch im AGS wurde sehr klar ausgeführt, dass erst Anfang November überhaupt mit der Vorbereitung der Boosterkampagne begonnen wurde. Das ist schlichtweg abenteuerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Am 18. November gab es den ersten Erlass, der flächendeckende Boosterstrukturen für die Kommunen mit festen Quoten und festen Voraussetzungen vorbereitet hat. Ich bin sehr dankbar, dass Ihr Haus da so transparent ist, und bedanke mich ausdrücklich bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schon jetzt haben wir eine Bugwelle von 1 Million Menschen, die geimpft werden müssten, die wir immer weiter vor uns herschieben. Es sind noch einmal 200.000 hinzugekommen, weil wir einfach nicht so schnell hinterherkommen.

Daher war es falsch, nur auf die Kassenärztlichen Vereinigungen zu setzen und nicht auch andere Berufsgruppen einzubeziehen.

Deswegen finde ich es auch einigermaßen merkwürdig, dass die Landesregierung heute die tolle Idee hat, dass man Zahnärzte, Apotheker, Hebammen und viele andere einbeziehen könnte – was richtig ist –, nachdem sie noch vor drei Wochen gesagt hat: Wir wollen sie nicht bei der Kampagne dabei haben; wir schließen sie aus. – Das ist Ihr Versäumnis, Herr Minister Laumann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Noch zwei weitere inhaltlich wichtige Punkte, weil Sie, Herr Lenzen, mir vorgeworfen haben, dass die Zeit nicht gereicht hätte: Ja, das ist so. Die Arbeitslosenzentren sind nicht ausgebaut worden, sondern die Mittel sind für einen weiteren Zweck verwendet worden, was schlichtweg eine Kürzung in diesem Bereich bedeutet.

Herr Minister, mich wundert Ihre Vorgehensweise zum Krankenhausplan, der ja neue Strukturen aufzeigen soll. Deshalb frage ich Sie: Wo sind denn die 200 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung, die selbst die Krankenhausesellschaft, die im Einvernehmen mit Ihnen diesen Krankenhausplan vorge-

legt hat, gefordert hat? Ich gehe einmal davon aus, dass Sie im Rahmen des Veränderungsnachweises zur dritten Lesung diese Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen Euro für den nächsten Haushalt vorschlagen werden.

(Beifall von der SPD)

Allerletzter Punkt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben ja selber immer gesagt: Wie kann es sein, dass ein Staat am Glücksspiel verdient und dann nicht für den Ausgleich sorgt? – Nordrhein-Westfalen war mit nicht einmal 10 Cent pro Einwohnerin oder Einwohner für die Bekämpfung der Glücksspielsucht an letzter Stelle – hinter Thüringen, hinter Sachsen, hinter allen Ländern. Jetzt haben Sie 500.000 Euro draufgelegt und sind von der letzten auf die vorletzte Stelle gesprungen. Wir schlagen Ihnen vor: ein bisschen rauf in der Tabelle; 3 Millionen Euro drauflegen; dann kommen wir ins Mittelfeld.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir lehnen den Haushaltsplan ab.

Herr Minister, machen Sie endlich Dampf beim Boostern. Sonst haben wir hier ein zunehmend großes Problem in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Kollegin Schneider das Wort.

**Susanne Schneider (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Mostofizadeh, ich muss mich schon wundern. Ich schätze Sie im Ausschuss sehr. Aber erst werfen Sie dem Kollegen Lenzen vor, er würde sich hier abends echauffieren. Dann kommen Sie mit fünf Minuten Dauergeschrei.

Außerdem kritisieren Sie die Landesregierung, weil das Land bei der Bekämpfung des Glücksspiels zu weit unten in der Tabelle ist. Aber wissen Sie, wo genau dieses Land und diese Landesregierung ganz oben in der Tabelle stehen? Beim Impfen! Nach drei Stadtstaaten und Schleswig-Holstein steht dieses Flächenland beim Impfen auf Platz 5 aller Bundesländer. Dann kritisieren Sie, dass wir hier mit dem Impfen nicht vorwärtskommen. Das kann es nicht sein. Dafür fehlt mir jedes Verständnis.

(Beifall von der CDU)

Sie kritisieren hier auch – das finde ich eine absolute Stillosigkeit – permanent den stellvertretenden Ministerpräsidenten, der heute Abend nicht anwesend ist, weil er auch fachlich für diesen Bereich nicht zuständig ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann soll er kommen! Dann soll er seinen Job hier machen!)

– Der stellvertretende Ministerpräsident ist für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration zuständig. Da macht er einen grandiosen Job.

(Zurufe von der SPD)

Ich erwarte von ihm nicht, dass er bei einer Gesundheitsdebatte sitzt, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Schauen wir uns jetzt einmal an, was Nordrhein-Westfalen geleistet hat.

(Zurufe von der SPD)

– Vielleicht hören Sie einmal zu. Hier redet ja auch einmal jemand zur Sache.

Wir haben die Investitionen in den Krankenhäusern und in den Pflegeschulen massiv erhöht. Bei der Förderung der Krankenhausinvestitionen stellen wir über fünf Jahre rund 2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als die rot-grüne Vorgängerregierung.

Wir wollen mit dem neuen Krankenhausplan Kooperation und Spezialisierung fördern und so die Qualität verbessern; denn genau das brauchen wir. Die Zeit der großen Schließungen war nämlich vor 2017; aber da haben nicht wir regiert.

Bei den Pflegeschulen haben wir überhaupt erstmals eine Investitionsförderung eingeführt. Wir haben die Zahl der Studienplätze in der Pflegepädagogik für die späteren Lehrkräfte verdoppelt.

Bereits in den letzten Jahren sind die Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen deutlich gestiegen. So haben im vergangenen Jahr fast 16.000 Menschen eine Pflegeausbildung aufgenommen. Dadurch konnten wir junge Menschen für diesen wunderschönen Beruf gewinnen. Darüber bin ich sehr, sehr froh.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der Pflege stärken wir auch die Assistenzausbildung. Sie kann den Einstieg in Pflegeberufe für Hauptschulabsolventen oder für Bewerber mit Einwanderungsgeschichte erleichtern.

Diese Regierung aus Union und FDP respektiert nicht nur die Pflegeassistenz, nein, diese Regierung stellt auch erstmals eine vernünftige, faire und gute Ausbildungsvergütung zur Verfügung. Das gab es nämlich bisher auch nicht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben die vollständige Schulgeldfreiheit umgesetzt und haben dafür für das Jahr 2022 noch weitere 22 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Einführung der Schulgeldfreiheit hat bereits zu einem deutlichen Anstieg der Schülerzahlen geführt. Mit

den zusätzlichen Mitteln geben wir grünes Licht zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildungen, zur Aufnahme von noch mehr Schülerinnen und Schülern und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein absolutes Herzensthema von mir sind die Muttermilchbanken. Unseren entsprechenden Antrag beraten wir gerade im Ausschuss. Unsere Fraktionen möchten aber auch in diesem Haushalt ein Zeichen setzen. In Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Jahren drei Muttermilchbanken in Essen und in Dortmund sowie am Klinikum Lippe in Detmold eingerichtet. Diese versorgen aber nur Patientinnen und Patienten der eigenen Klinik mit Spendermilch. Neben fachlichen Standards erfordert ein weiterer Aufbau von Frauenmilchbanken auch Investitionen insbesondere in Räumlichkeiten für Milchküchen und deren Ausrüstung. Deshalb wollen wir jetzt Mittel in den Haushalt einstellen, um mit einer Landesförderung analog zu Niedersachsen und Schleswig-Holstein den Aufbau von Frauenmilchbanken zu unterstützen.

Noch ein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Kollege Yüksel hat vorhin ausgeführt, wir hätten den Antrag, in dem es um die Gemeindefraktionen geht, abgelehnt. Schauen Sie auf die heutige Tagesordnung. Unter Tagesordnungspunkt 4 debattieren wir Ihren Antrag zu den Gemeindefraktionen erst noch. Insofern können wir ihn noch nicht abgelehnt haben.

Der Haushalt der NRW-Koalition zeigt einen richtigen, zeigt einen guten Weg für eine sehr gute Gesundheitsversorgung aller Menschen überall in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Abgeordneter Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst muss man durchaus feststellen, dass mit rund 1 Milliarde Euro für den Bereich „Gesundheit“ doch wieder eine Menge Geld im Haushalt zur Verfügung steht.

Anders, als es eben Herr Mostofizadeh ausgeführt hat, muss man zumindest wertschätzen, ästimieren, dass es auch in diesem Jahr wieder eine ordentliche Förderung für die Krankenhäuser gibt.

Unter einer Gesundheitsministerin Steffens wären wir sicherlich deutlich schlechter aufgestellt gewesen. Sie hat in der Vergangenheit immer infrage gestellt, ob man überhaupt so viel Geld in die Krankenhäuser geben müsse, und die Frage aufgeworfen, ob

da einfach schlecht mit dem Geld gewirtschaftet werde. Hätten wir weiterhin eine grüne Gesundheitsministerin, stände unser Krankenhausesektor sicherlich deutlich schlechter da.

Für die Opposition ist es natürlich immer leicht, das zu kritisieren und mehr von allem zu fordern. Daher noch einmal: Es wird schon viel Geld dahineingesteckt.

Genau aus diesem Grund haben wir in diesem Jahr keinen eigenen Antrag dazu gestellt. Das haben wir in den vergangenen Jahren immer gemacht und genau das gefordert, nämlich dass die Krankenhäuser noch eine Scheibe mehr abbekommen. In diesem Jahr haben Sie mehr Geld zur Verfügung gestellt. Daher gibt es von uns keinen weiteren Antrag dazu.

Schaut man sich die Zahlen allerdings genauer an, stellt man fest, dass der Haushalt auch in diesem Jahr wieder auf morschen Balken gebaut ist. Die Investitionen, die Sie in den Krankenhausesektor stecken, sind eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mittlerweile sind derart viele Milliarden an Strukturinvestitionsrückständen aufgelaufen, dass wir in den vergangenen zwei Jahren durchaus sehen konnten, wie schlecht wir auf Großereignisse wie die Pandemie vorbereitet sind und wie sehr die vielen Angestellten im Gesundheitssystem, die Pfleger, Ärzte etc., schon in Normaljahren, in einem ganz normalen Winter am Limit gearbeitet haben. Jetzt, wo eine weitere Krankheit dazukommt, sieht man, wie auf Kante genäht das System in den letzten Jahren gefahren wurde.

Nicht umsonst hat NRW im Lauf der Krise sogar noch rund 1.400 Intensivbetten verloren, statt in der Notsituation irgendwie aufzustocken. Seit geraumer Zeit wird in dem System auf dem Rücken der Menschen gewirtschaftet.

Dieser Haushalt wird nichts daran ändern, auch wenn man einzelne Bruchstücke und Teilaspekte, wie beispielsweise das gestrichene Schulgeld, sicher begrüßen kann.

Das Gesundheitssystem in Deutschland und damit auch in NRW bräuchte nichts weniger als tatsächlich einen großen Wurf. Es braucht nicht weitere Flicker und Pflaster auf den alten Bandagen, die das krumme Konstrukt irgendwie gerade noch so tragen.

Dazu, wie das System durch die nächsten 20 Jahre kommen soll, also durch die heiße Phase des demografischen Wandels, lese ich auch in diesem Haushaltsentwurf maximal große Fragezeichen. Wir werden uns dann mit vielen offenen Fragen beschäftigen müssen, die sich, wenn man nicht mit ganz blinden Augen durch die Welt läuft, eigentlich schon seit 10, 20 Jahren abzeichnen.

Bei dem momentanen Durchschnittalter der Allgemeinmediziner auf dem Land wissen wir mittlerweile, dass die Situation in den nächsten Jahren schwer zu stemmen sein wird.

Schon jetzt ist abzusehen, dass wir es bei den Pflegekräften, die in Rente gehen, und angesichts des Pflegebedarfs, der wiederum durch eine alternde Gesellschaft entsteht, sehr schwer haben werden, die Lücken mit den Kohorten, die dann aus den Schulen kommen, überhaupt noch zu füllen. Man hätte also schon vor langer Zeit daran arbeiten müssen.

Jetzt versucht man, es in Teilaspekten zu regeln, aber eigentlich weiß jeder in großen Diskussionsrunden, dass das nicht reichen wird. Es spricht auch jeder darüber, getan wird diesbezüglich indes recht wenig.

Dass wir mit Blick auf die nächsten 20 Jahre ähnlich wie im zweiten Coronawinter vor einem Totalversagen stehen, ist eigentlich allen klar. Da liegt die größte gesellschaftliche Aufgabe für den Bereich „Gesundheit“ für die nächsten Jahre.

Die SPD wiederum erklärt heute in einer holzschnittartigen Debatte, dass man im Krankenhaus für den Profit arbeitet. Die Frage lautet natürlich, wie man das Problem jetzt lösen will. Beim NHS in Großbritannien ist alles verstaatlicht. Da läuft es auch nicht besser, und zwar nicht erst seit Corona. Das sieht man in jedem Jahr wieder, wenn man in diesem staatlichen System mit der Grippe konfrontiert wird.

Daher stellt sich die Frage, ob das, was Sie an Lösungsvorschlägen mitbringen, wirklich dienlich wäre oder ob nicht gerade dieser gesunde Mix aus kommunalen Krankenhäusern – die, wenn sie gut gemanagt sind, eher als soziale Vorbilder gelten können – und privaten Krankenhäusern – die mal ein wenig „Feuer“ in das System bringen und schauen, dass all das auch noch wirtschaftlich bleibt –, den Deutschland ja aufweist und den man sicherlich ein bisschen weiter kultivieren muss, richtig ist. Das kann eine gute Mischung sein, wenn man es richtig angeht. Wir werden schließlich nicht umsonst von vielen Nachbarländern um das Gesundheitssystem beneidet.

So oder so, egal, wie Sie es vorgestellt haben, ob aus rot-grüner oder schwarz-gelber Perspektive, sehe ich für unser Gesundheitssystem für die nächsten Jahre eigentlich schwarz.

Nichtsdestotrotz haben Sie auch in diesem Bereich durchaus viele der Forderungen, die wir in den letzten Jahren aufgestellt haben, übernommen.

Wenn man außerdem sieht, dass das, was Sie an Coronapolitik betreiben, auch haushalterisch irgendwo abgebildet werden muss, dann ist klar, dass das an der Stelle auftaucht. Dass sich im Haushalt auch die Tests beispielsweise vor Altenheimen und Krankenhäusern wiederfinden, unterstützen wir

durchaus. Daher an dieser Stelle eine Enthaltung. – Danke.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Laumann das Wort.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge zum Thema „Krankenhaus“:

Wenn die Sozialdemokraten heute gegenüber einer Landesregierung, die den Krankenhäusern in dieser Wahlperiode, die im nächsten Frühjahr zu Ende geht, rund 2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt hat als Sie in der vorherigen Wahlperiode

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

– das waren alles Landesmittel –, solche Reden halten, dann kann ich nur sagen: Sie sollten mit der Kritik ein bisschen vorsichtig sein.

(Beifall von der CDU)

Was die Krankenhausplanungsvorstellungen der Landesregierung angeht, möchte ich nur mal aus Ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene zitieren. Vielleicht haben Sie den noch nicht gelesen.

(Heiterkeit von Peter Preuß [CDU])

Darin steht:

„Mit einem Bund-Länder-Pakt bringen wir die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg. Eine kurzfristig eingesetzte Regierungskommission wird hierzu Empfehlungen vorlegen und insbesondere Leitplanken für eine auf Leistungsgruppen und Versorgungsstufen basierende [...] Krankenhausplanung erarbeiten.“

(Heiterkeit von der CDU)

Das könnten Sie aus meinem Krankenhausplanungskonzept abgeschrieben haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Christina Weng [SPD])

Überlegen Sie also mal, was Sie gerade in Berlin unterschrieben haben. Ich freue mich über die Unterstützung, die ich in diesem Punkt von der Ampel bekommen werde.

(Beifall von der CDU)

Viel Spaß bei Ihrer Kampagne in Nordrhein-Westfalen mit diesem Koalitionsvertrag!

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte in aller Deutlichkeit einen weiteren Aspekt nennen: Die Strukturmittel sind, wie der Kollege von den Grünen ausgeführt hat, Bundesmittel zur Veränderung der Krankenhausstruktur.

Im letzten Strukturfonds, den Sie zu verantworten haben und in dem im Übrigen auch das Geld für Essen stand – das war nicht in meiner Regierungszeit –, haben Sie noch die Schließung von Kreißsälen gefordert. Im letzten Strukturprogramm, das Sie im Frühjahr 2017 aufgelegt haben, haben Sie die Schließung von Kreißsälen gefordert! Auch das gehört zur Wahrheit Ihrer Regierungsbilanz und zu dem, was Sie heute sagen. Da passen Reden und Handeln überhaupt nicht zusammen.

(Beifall von der CDU und Stefan Lenzen [FDP] – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

In meiner Regierungszeit dagegen haben wir erhebliche Mittel in die Kreißsäle investiert. Krankenhäusern, die einen hebammengeleiteten Kreißsaal einführen, stellen wir erhebliche Mittel zur Verfügung – also genau das Gegenteil von dem, was Sie damals gemacht haben. Ich finde, auch darüber muss man sich dann unterhalten.

Ich will nur ein Beispiel nennen, das man gar nicht oft genug erwähnen kann: Wir haben das Schulgeld in den Gesundheitsberufen abgeschafft.

(Beifall von Angela Lück [SPD] und Christina Weng [SPD])

Dafür bringen wir mittlerweile Jahr für Jahr 76 Millionen Euro auf. Bei Ihnen wurden diejenigen, die später über 100.000 Euro verdienen würden, vom Staat ausgebildet und diejenigen, die unter 30.000 Euro verdienen würden, mussten Schulgeld bezahlen. Das war die bittere Wahrheit in diesem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Christina Weng [SPD] – Weitere Zurufe)

Wir stellen das Geld selbstverständlich stabil zur Verfügung. Deswegen absolvieren erheblich mehr Menschen, die wir dringend brauchen, eine Ausbildung im Bereich der Logopädie, Physiotherapie und der Hebammen als vorher. Das waren richtige Entscheidungen.

Wer hat denn die Ärzteausbildung in diesem Land um 400 Stellen ausgeweitet?

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir zahlen jetzt jedes Jahr 15 Millionen Euro an Witten für die Verdoppelung der dortigen Ärzteausbildung; denn diese Fakultät bringt uns mindestens 20 % Hausärzte. Die Medizinische Fakultät in Bielefeld bildet demnächst 300 Ärzte pro Jahr aus. Wir haben die Ärzteausbildung, einen der teuersten Studiengänge überhaupt, um 400 Plätze ausgebaut, um den Hausärztemangel in diesem Land zu bekämpfen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Marc Lürbke [FDP] und Daniel Hagemeier [CDU] – Widerspruch von der SPD)

Wo waren Sie denn all die Jahre? Sie haben immer 2.000 Ärzte ausgebildet und in dieser Frage nichts getan.

(Weitere Zurufe)

Das muss natürlich alles finanziert werden, und zwar langfristig.

Wir haben einen Höchststand an Ausbildungen. Wir geben mittlerweile 171 Millionen Euro in die Pflegeausbildung. Wir haben es geschafft, dass in der Pflege die höchste von allen Ausbildungsvergütungen in Nordrhein-Westfalen gezahlt wird. Im letzten Jahr haben wir die Pflegeausbildung wieder um 10 % gesteigert und den Pflegeschulen über 100 Millionen Euro gegeben, damit sie endlich modernisiert werden und der Mief der 60er-Jahre dort rauskommt. Unter Ihnen war das alles nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Angela Lück [SPD] – Weitere Zurufe)

Alle diese Akzente hat diese Landesregierung gesetzt. Daher können wir wirklich sagen, dass wir eine Menge getan haben, um das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen stärker, stabiler und patientenorientierter zu machen und die medizinische Versorgung auf einem Höchststand zu halten bzw. sie wieder dorthin zu bringen.

(Zuruf von Christina Weng [SPD])

Ich will auch etwas zu den Familien in der Pflege sagen: Wir haben viele Projekte finanziert, die sich um die häusliche Pflege kümmern. Aber auf eines bin ich besonders stolz: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Beratung eingeführt, um Familienangehörigen, die zu Hause pflegen, die Möglichkeit einer Auszeit, einer Kur zu geben. Wir haben diese Beratung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen – wie bei der Mütterkurberatung – flächendeckend ausgebaut und finanziert.

Ich finde, dass wir uns in dieser politischen Frage überhaupt nicht verstecken müssen. Man kann immer vieles besser machen und auch immer noch mehr Geld zur Verfügung haben, aber eines ist ganz sicher – das wird Ihnen auch in jedem Gespräch mit der Krankenhausgesellschaft bestätigt –: Es kann sich kaum ein Krankenhausgeschäftsführer daran erinnern, dass die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Krankenhäuser jemals so hoch wie in den vergangenen viereinhalb Jahren waren. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Gesundheit sind.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/15711, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen, dies allerdings ohne Kenntnis darüber, dass noch Änderungsanträge zur heutigen zweiten Lesung im Plenum vorliegen.

Deswegen darf ich erstens fragen, wer dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15734** zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Dann darf ich fragen, wer dagegenstimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der SPD. Der guten Ordnung halber: Möchte sich ein Kollege oder eine Kollegin der Stimme enthalten? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit deren Stimmen und mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen die Stimmen der SPD **angenommen** wurde.

Zweitens lasse ich über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15735** abstimmen. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Bei den Abgeordneten der Fraktion der SPD. Enthaltungen? – Ich sehe keine im Hohen Haus. Dann ist auch dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD gegen die Stimmen der SPD **angenommen**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 11. Dabei stimmen wir nicht über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, sondern über den Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung ab. Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 11 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung bei der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 11 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 01 Landtag**

Hierzu weise ich auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 17/15701 und den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15739 hin.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Somit können wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 01 – Landtag, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit kommen. Hier empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss in der Drucksache 17/15701, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen.

Deshalb lasse ich über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/15739** abstimmen und darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Der Vollständigkeit halber: Gibt es Kolleginnen oder Kollegen, die sich der Stimme enthalten möchten? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag **abgelehnt** wurde.

Wir können somit zur Abstimmung über den Einzelplan 01 und die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses kommen. Wer möchte diesem unveränderten Einzelplan 01 zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltung bei der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 01 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 13 Landesrechnungshof**

Hier weise ich hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15713.

Auch hier ist heute keine Aussprache vorgesehen.

Wir können unmittelbar zur Abstimmung kommen, und zwar über den Einzelplan 13 – Landesrechnungshof. Hier empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss in der besagten Drucksache 17/15713, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen. Deswegen lasse ich über den Einzelplan 13 nunmehr abstimmen. Wer möchte ihm zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, von Bündnis 90/Die Grünen, der AfD. Gegenstimmen? – Überraschenderweise keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist der **Einzelplan 13 in zweiter Lesung einstimmig vom Hohen Hause angenommen** worden.

Ich rufe auf: